

Ortlieb, Heinz-Dietrich

Article — Digitized Version

Georg Leber und die List der Idee

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Ortlieb, Heinz-Dietrich (1965) : Georg Leber und die List der Idee, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 45, Iss. 6, pp. 288-289

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/133490>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

in einem anderen ausgeglichen werden, wenn die Unternehmer ihre Produktion absetzen wollen. Wenn ein Wirtschaftszweig in einer so guten Marktsituation ist, daß er vermögenswirksam aufzubringende Beträge abwälzen kann, so geschieht das zu Lasten jener Wirtschaftszweige mit schlechterer Marktsituation; ein in der Marktwirtschaft natürlicher und auch notwendiger Vorgang.

Diese Kreislaufbetrachtung ist lediglich an einer Stelle offen, nämlich bei den Möglichkeiten der Unternehmen zu verstärkten Exportanstrengungen. Mit aus diesem Grunde haben wir immer betont, daß die Vermögensbildung für Arbeitnehmer durch Tarifverträge nicht isoliert dastehen kann, sondern der Koordination mit der Wirtschafts- und Finanzpolitik bedarf. In der sozialen Marktwirtschaft ist aber die Wirtschaftspolitik verpflichtet, für ein Außenhandelsgleichgewicht und für genügend Wettbewerb auf den Binnenmärkten der Volkswirtschaft zu sorgen, wenn sie dem Konzept dieser Wirtschaftsordnung gerecht werden will. Eine Koordination der Wirtschafts- und Finanzpolitik mit den Zielen der Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand ist also nichts Systemfremdes, sondern entspricht unserer wirtschaftlichen Grundordnung.

4. Auch Professor Ortlieb spricht die Verzahnung von Wirtschafts- und Vermögenspolitik an, er hält freilich eine Einstellung der Wirtschaftspolitik, speziell der Fiskal- und Außenhandelspolitik, auf die vermögenspolitische Zielsetzung nicht für wahrscheinlich. Er bezieht sich dabei auf einen in derselben Ausgabe des WIRTSCHAFTSDIENST veröffentlichten Aufsatz von

Dr. Michalski über die „Außenhandelssituation in der Bundesrepublik Deutschland“. Dr. Michalski kommt hier im Gegensatz zu dem Votum des Sachverständigenrates zu der Feststellung, daß 1965 von der Außenwirtschaft keine Ursachen zu Preissteigerungen ausgehen werden und daß langfristig die Bundesrepublik weiterhin steigende Exportwachstumsraten benötigt. Das ist sicher auch die Auffassung des Bundesverbandes der Deutschen Industrie. Der Sachverständigenrat war anderer Auffassung, und er hat seine Auffassung im Gegensatz zu Dr. Michalski mit guten Gründen belegt. Ob sich bis zum September 1965 die Wirtschafts- und Finanzpolitik auf die Ziele der Vermögenspolitik einstellen wird, erscheint mir allerdings auch fraglich. Aber in einem sozialen Rechtsstaat hat sie sich darauf einzustellen, wenn die Prinzipien der Sozial- und Wirtschaftsordnung dieses Staates verwirklicht werden sollen. Die Bundesbürger haben im September Gelegenheit, darüber zu entscheiden, daß sie in Zukunft eine entsprechende Wirtschaftspolitik bekommen.

„Einen gefährlichen Beschleunigungseffekt“ kann freilich die nach Meinung Professor Ortliebs zur Zeit „noch erträglich schleichende Inflation“ durch vermögenspolitische Aktionen nie erhalten. Natürlich kann die Vermögenspolitik auch allein die Inflation nicht aufhalten, wenn die Wirtschaftspolitik nichts dagegen, aber vieles dafür tut. Wenn Herr Professor Ortlieb das meint, hätte er es sagen müssen. So stellt sein Aufsatz eine Verkennung der seit Jahrzehnten geklärten Zusammenhänge zwischen Kapitalmarkt und Konsumgüterpreisniveau dar.

Georg Leber

Georg Leber und die List der Idee

Die kritische Auseinandersetzung mit den großen und kleinen Visionen von einer „idealen“ Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung ist von jeher in ihrer Ergiebigkeit dadurch erheblich beeinträchtigt worden, daß visionäre Menschen ihre Zukunftsbilder niemals als eine Art von wissenschaftlicher Hypothese auffassen, sondern sie von vornherein als schlechthinige Wahrheit ansehen. So sind sie weder willens noch fähig, kritische Einwände ernst zu nehmen und in ihrer praktischen Relevanz zu erfassen. Eine Fülle von Beispielen für diese „visionäre Blindheit“ liefern nicht nur die Bibliotheken füllenden säkularen Kontroversen zwischen Liberalismus und Marxismus, sondern auch die Diskussionen über das neoliberalistische Dogma der letzten 20 Jahre. Die Antwort des neosozialistischen Nationalökonom Georg Leber auf meine Bedenken gegen seine Vorstellungen von einer Revision der Vermögensverteilung zeigt dies erneut.

Sich ganz allgemein auf „längst gesicherte Erkenntnisse der Nationalökonomie“ zu berufen, kennzeichnet bereits jene Gläubigkeit, im Besitz der absoluten Wahrheit zu sein. Jedoch, worin bestehen diese Erkenntnisse? — Gewiß nicht in der gesicherten Ge-

gebenheit notwendiger Voraussetzungen, sondern höchstens in dem Wissen um bestimmte wirtschaftliche und soziale Interdependenzen und Wirkungszusammenhänge. Die Voraussetzungen muß man von Fall zu Fall, möglichst realitätsbezogen, immer von neuem zu ermitteln suchen. Hier gibt es keine gesicherten Erkenntnisse, nicht selten nur Vermutungen, bei denen allzu leicht der Wunsch der Vater des Gedankens wird. Manchmal mögen empirische Erhebungen und statistische Daten Anhaltspunkte bieten, einen prognostischen Treffer zu erzielen. Ohne wirklichkeitsnahe Prämissen ist jedoch kein zutreffendes Urteil möglich. Deshalb kam es mir darauf an, in vier Problemkreisen die für das Vorhaben des Leber-Planes relevanten Bedingungen zu kennzeichnen: 1. Die Sparbereitschaft, 2. die ausreichende Gesamtnachfrage, 3. die „Kosten“-frage, 4. die Abstimmung der Vermögensverteilungspolitik mit der übrigen Wirtschaftspolitik.

Bezeichnenderweise vermißt der Nationalökonom Leber in meiner Kritik gerade diese Bedingungen, obwohl er sich mit ihrer Behandlung durch mich in seiner anschließenden Antikritik auseinandersetzt.

Zu 1.: Sicherlich kann man über die Sparbereitschaft der unteren Einkommensschichten verschiedener Ansicht sein. Nur: die steigende Sparquote sagt über die Sparbereitschaft nichts aus, solange man nicht weiß, wer mit welchen Motiven an ihr beteiligt ist. — Auch eine Festlegungsfrist von 5 Jahren bietet keinen „Schutz vor allen Konsumreizen“, solange man über Ratenkäufe gleichzeitig wieder „entsparen“ kann.

Zu 2.: Ich habe selbst gesagt, daß unter den gegebenen Verhältnissen aus einer Zunahme des Massensparens kaum „konjunkturelle Einbrüche“ zu erwarten sind. Hier läuft die Anti-Kritik also eine Tür ein, die von mir bereits geöffnet war. Wenn es allerdings dann heißt: „Es geht bei der Vermögensbildung der Arbeitnehmer nicht um Konsumverzicht. Die bestehenden Relationen zwischen Konsum und Investitionen sollen durch vermögenswirksame Vereinbarungen nicht verändert werden“, so ist das nicht mehr als ein frommer Wunsch. Sollte in der Marktwirtschaft die Investitionsbereitschaft nicht doch etwas mit Gewinnen und Vermögenszuwächsen zu tun haben? Und nochmals: Auch Investivlohn verlangt Bereitschaft zum Konsumverzicht, solange Möglichkeiten bestehen, auf Kredit zu konsumieren oder schon vorhandene Sparbeträge zu liquidieren.

Zu 3.: Geht man von unseren seit Jahren durch schleichende Inflation gekennzeichneten Verhältnissen aus, d. h. von der Tatsache, daß die monetäre Gesamt Nachfrage dem Gesamtangebot schon bisher um eine Nasenlänge voraus war, so kann man kaum annehmen, daß es der Unternehmerschaft in der Regel schwerfallen sollte, einen zusätzlichen „Investivlohn“ wie jede über die allgemeine Wachstumsrate hinausgehende Lohnsteigerung abzuwälzen, sofern nicht von anderer Seite her (Staatsausgaben, Außenhandel) kompensatorische Nachfrageminderungen ausgehen.

Zu 4.: Offenbar erhofft mein Diskussionspartner, daß eine künftige neue Bundesregierung die gesamte Wirtschaftspolitik auf eine wirkungsvolle Vermögensverteilungspolitik ausrichten wird. Aber überfordert er damit nicht etwas reichlich jedes künftige Bundeskabinett? Wie steht es denn mit den großen öffent-

lichen Notstands- bzw. Nachholprogrammen, die übrigens von mehr oder weniger allen Parteien propagiert werden? Wie steht es mit den wohnungs- und städtebaupolitischen Vorhaben, die Georg Leber selbst kürzlich proklamiert hat? Glaubt er wirklich, alles dies zusammen mit seinen vermögenspolitischen Plänen fiskal- und nachfragepolitisch unter einen Hut bringen zu können? (Auch der als Kronzeuge angeführte Sachverständigenrat — abgesehen davon, daß Georg Leber dessen Gutachten in seinen Außenhandelsaspekten nicht voll erfaßt zu haben scheint — wird sich inzwischen darüber klargeworden sein, daß jedenfalls seine Außenhandelsanalyse auf einer fragwürdigen Basis ruht.)

Ich habe nie bestritten, daß es sinnvoll ist, das Sparen bei den unteren Einkommensschichten zu propagieren und finanzielle Anreize zu schaffen, soweit die Mittel dafür nicht an anderer Stelle dringender gebraucht werden. Für geradezu politisch gefährlich halte ich es jedoch, den Anschein zu erwecken, als könnten auf diesem Wege epochale soziale Wandlungen Leberscher Prophetie herbeigeführt werden, zumal ein solcher Versuch die öffentliche Aufmerksamkeit von viel dringlicheren Aufgaben ablenkt, die — wie gesagt — nicht ohne weiteres mit der vermögenspolitischen Zielsetzung vereinbar sind. Was unsere Politiker lernen müssen, sich selbst und ihren Wählern klarzumachen, ist, daß es mit den wachsenden Ansprüchen in zunehmendem Maße wirtschaftspolitische Zielkonflikte gibt. Diese ignorieren, heißt nicht, sie aus der Welt zu schaffen, sondern bedeutet, daß man in zunehmendem Maße der Spielball von Verhältnissen wird, die man ungewollt selbst schafft.

Daß die Menschen etwas anderes bewirken, als sie beabsichtigen, hat ein berühmter Philosoph einmal „die List der Idee“ genannt. Im Gegensatz zu ihm und seinem geschichtswirksamen Schüler können wir im 20. Jahrhundert jedoch nicht mehr an „die lebenswürdige Entwicklungstendenz der Geschichte“ glauben, die schon dafür Sorge tragen wird, daß gerade unsere Irrtümer schließlich doch zu einem happy end führen.

Heinz-Dietrich Ortlieb

Die DEUTSCHE BUNDESBAHN

befördert jedes Gut jeder Zeit

- Moderne Güterwagen, auch für schwerste Güter
- Großbehälter verschiedener Art
- Paletten für rationellen Versand
- Güterkraftverkehr

sind nur einige der von ihr gebotenen Möglichkeiten.

Darum



- Transport Ihr Vorteil

Bundesbahndirektion Hamburg